



**Geschäftsführung
Betriebsausschuss
Veranstaltungszentrum Köln**

Herr Hengstenberg

Telefon: (0221) 221-24649

Fax: (0221) 221-23902

E-Mail: michael.hengstenberg@stadt-koeln.de

Datum: 08.02.2017

Niederschrift

über die **Sitzung des Betriebsausschusses Veranstaltungszentrum Köln** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 14.11.2016, 14:30 Uhr bis 16:40 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Martin Börschel	SPD
Herr Bernd Petelkau	CDU
Herr Manfred Richter	GRÜNE
Herr Dietmar Ciesla-Baier	SPD
Herr Peter Kron	SPD
Herr Gerrit Krupp	SPD
Frau Anna-Maria Henk-Hollstein	CDU
Herr Niklas Kienitz	CDU
Frau Gräfin Alexandra von Wengersky	CDU
Frau Brigitta Bülow von	GRÜNE
Herr Jörg Frank	GRÜNE
Herr Jörg Detjen	DIE LINKE
Herr Ulrich Breite	FDP

Beratende Mitglieder

Frau Lisa Hanna Gerlach	PIRATEN
Herr Walter Wortmann	Freie Wähler Köln

Verwaltung

Frau Stadtkämmerin Gabriele C. Klug
Herr Stadtdirektor Guido Kahlen
Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein
Herr Beigeordneter Franz-Josef Höing
Frau Beigeordnete Susanne Laugwitz-Aulbach
Herr Hans-Jochen Hemsing
Herr Frank Höller

Schriftführer

Herr Michael Hengstenberg

Presse

Zuschauer

Vertreter verschiedener Ämter

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 2 Mitteilungen der Betriebsleitung**
 - 2.1 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
hier: Quartalsbericht III/2016
3363/2016
- 3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 5 Allgemeine Beschlussvorlagen**
 - 5.1 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
hier: Benennung des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2016
3548/2016
- 6 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

- 1 **Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 2 **Mitteilungen der Betriebsleitung**
- 2.1 **Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
hier: Quartalsbericht III/2016
3363/2016**

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.

- 3 **Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 4 **Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 5 **Allgemeine Beschlussvorlagen**
- 5.1 **Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
hier: Benennung des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2016
3548/2016**

Beschluss:

Der Betriebsausschuss schlägt der Gemeindeprüfungsanstalt des Landes NRW vor, die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft RSM Verhülsdonk GmbH, Richard-Wagner-Str. 9-11, 50674 Köln, mit der Prüfung des Jahresabschlusses des Geschäftsjahres 2016 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

6 **Mündliche Anfragen**

Ratsmitglied Wortmann bittet die Verwaltung um Darstellung des Sachstandes hinsichtlich der Auftragsvergabe zur Aufarbeitung des „Messe-Skandals“. Zudem erwarte er noch immer die Einladung zu dem angekündigten gemeinsamen Gespräch mit Verwaltung und allen daran beteiligten Fraktionen und Gruppen.

Zusätzlich bittet er um Auskunft, wie es sich mit der in der letzten Sitzung vorgelegten aber zurückgezogenen Vorlage „Optimierung des städtischen Veranstaltungszentrums“ verhalte.

Die Verwaltung gibt zu Protokoll, dass die Vorlage „Optimierung des städtischen Veranstaltungszentrums“ irrtümlich auf die Tagesordnung genommen worden sei. Eine weitere Verfolgung der Thematik sei nach derzeitigem Stand nicht beabsichtigt. Hinsichtlich der Aufarbeitung des sogenannten „Messe-Skandals“ seien fünf verschiedene Institutionen mit dem Ziel einer möglichen Auftragsvergabe angeschrieben wor-

den. Die Frist zur Angebotsabgabe sei mittlerweile abgelaufen. Als Resonanz seien zwei Angebote eingegangen, die derzeit ausgewertet würden. Eine dazu entsprechende Mitteilung werde den Betriebsausschuss in der Sitzung am 19.12.2016 erreichen. Die von den Mitgliedern des Ausschusses getroffene Entscheidung werde dann weiter verfolgt.

Ratsmitglied Wortmann zeigt sich konsterniert, da er bis dato keine Kenntnis von einer Ausschreibung zur Abgabe eines Angebots oder der daraus resultierenden Fristsetzung hatte. Mittlerweile habe er Kontakt zu verschiedenen potentiellen Auftragnehmern und bietet an entsprechende Informationen zur Verfügung zu stellen. Er kritisiert die Verfahrensweise der Verwaltung und äußert den Wunsch nach mehr Transparenz.

Frau Stadtkämmerin Klug weist darauf hin, dass dieses ganze Verfahren zur Aufarbeitung der Thematik durchweg transparent gestaltet worden sei. In der letzten Sitzung des Betriebsausschusses sei genau diese Verfahrensweise erörtert worden. Nachdem keine Resonanz seitens der Mitglieder des Betriebsausschusses gekommen sei, habe die Verwaltung eigenständig potentiell interessierte Institutionen herausgesucht und kontaktiert. Eine solche Ausschreibung mit einer Bindungsfrist zu versehen sei üblich.

Ratsmitglied Frank äußert die Auffassung, dass er hier keine Verfahrensfehler der Verwaltung erkennen könne. Der Ausschuss sei im Vorfeld ausführlich über das Verfahren informiert worden. Er bittet die Verwaltung um eine kurzfristige Nachricht an alle finanzpolitischen Sprecher der Fraktionen bezüglich des Sachstandes, um sich auf die weitere Vorgehensweise in der Sitzung am 19.12.2016 vorbereiten zu können.

Frau Stadtkämmerin Klug erneuert das Angebot an die Mitglieder des Ausschusses, dass die Kontaktdaten weiterer interessierter Bewerber zugesandt werden können, mit denen die Verwaltung dann in Kontakt treten werde.

Des Weiteren bittet Ratsmitglied Frank bezüglich des Vordaches der Philharmonie um Auskunft zu dem Sachstand der Planungen. Nach seinen Erkenntnissen sei das Sammeln von Spenden mittlerweile erfolgreich gewesen.

Frau Stadtkämmerin Klug teilt mit, dass der Stadt Köln seit längerem das Angebot einer privaten Initiative vorliege, welche sich in diesem Bereich engagieren wolle. Sie habe das von Beginn an unterstützt und signalisiert, die Spenden in gleicher Höhe aus städtischen Mitteln zu erhöhen. Es werde eine Vorlage mit der weiteren Verfahrensweise erstellt.

Zudem ergänzt die Verwaltung, dass der Rat seinerzeit eine Grenze in Höhe von 200.000 Euro festgesetzt habe, ab der die Unterstützung der Maßnahme aus städtischen Mitteln eingeleitet werde. Diese solle im Rahmen der Abschreibungen erfolgen. Die geforderte Summe an eingeworbenen Mitteln konnte innerhalb der vergangenen Tage erreicht werden. Die erforderlichen Änderungen im Pachtvertrag der Philharmonie seien so weit fortgeschritten, dass die KölnMusik GmbH in Kürze die weitere Planung aufnehmen könne.

Die Realisierung des Projektes schreite fort, alle diesbezüglichen Aufträge des Rates seien abgearbeitet.